



Industrie schafft
Wohlstand

Industriepolitische Positionen der
IHK Darmstadt Rhein Main Neckar



Darmstadt
Rhein Main Neckar



Dieses Positionspapier wurde von der Vollversammlung der IHK Darmstadt am 30. November 2021 beschlossen. Es basiert auf einem offenen Beteiligungsprozess, den der Ausschuss für Industrie, Forschung und Innovation in Zusammenarbeit mit weiteren Fachausschüssen angestoßen hat. Alle Mitgliedsunternehmen hatten die Möglichkeit, an der Ausgestaltung der vorliegenden Positionen mitzuwirken, indem sie an einer oder mehr von insgesamt fünf themenbezogenen Umfragen teilnahmen. Zu den Umfragen wurden neben Hintergrundinformationen zusätzlich Videos bereitgestellt, die Innovationskraft, Einfallsreichtum und Verantwortungsbewusstsein des Netzwerkes Industrie unterstreichen. Sie zeigen aber auch, wie sich die Rahmenbedingungen für die Industrie und industrienaher Dienstleister weiterentwickeln müssen, damit unsere Region als Standort attraktiv bleibt.

Das Hintergrundmaterial und die Videos können auf der Website www.darmstadt.ihk.de der IHK Darmstadt eingesehen werden. (Einfach die **Nr. 4987438** ins Suchfeld eingeben oder den QR-Code scannen.)

Einführung

Die Industrie stellt eine der wichtigsten Branchen der Wirtschaft in Südhessen dar. Insbesondere technologieorientierte und innovationsstarke Branchen wie Informationstechnologie, Chemie, Pharma, Automatisierung und Automotive sind stark in der Region vertreten. Die Region profitiert von dieser industriellen Basis in allen vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen. Dem produzierenden Gewerbe sind 25 Prozent der Beschäftigten zuzuordnen. Die Quote steigt auf 35 Prozent, wenn man die industrienahen Dienstleistungen dazuzählt („Netzwerk Industrie“). In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass 135.000 Beschäftigte in der Industrie und 50.000 Beschäftigte bei den industrienahen Dienstleistungen Arbeit finden. (Quelle: HSL 2018)



„Unsere Industrie sichert als produktiver Kern den Wohlstand Deutschlands, Hessens und unserer Region. Sie agiert innovativ und international vernetzt. Sie stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, sie steht zu ihrer Verantwortung. Der moderne Sozialstaat ist nur durch eine starke Wirtschaft und damit durch eine starke Industrie finanzierbar.“

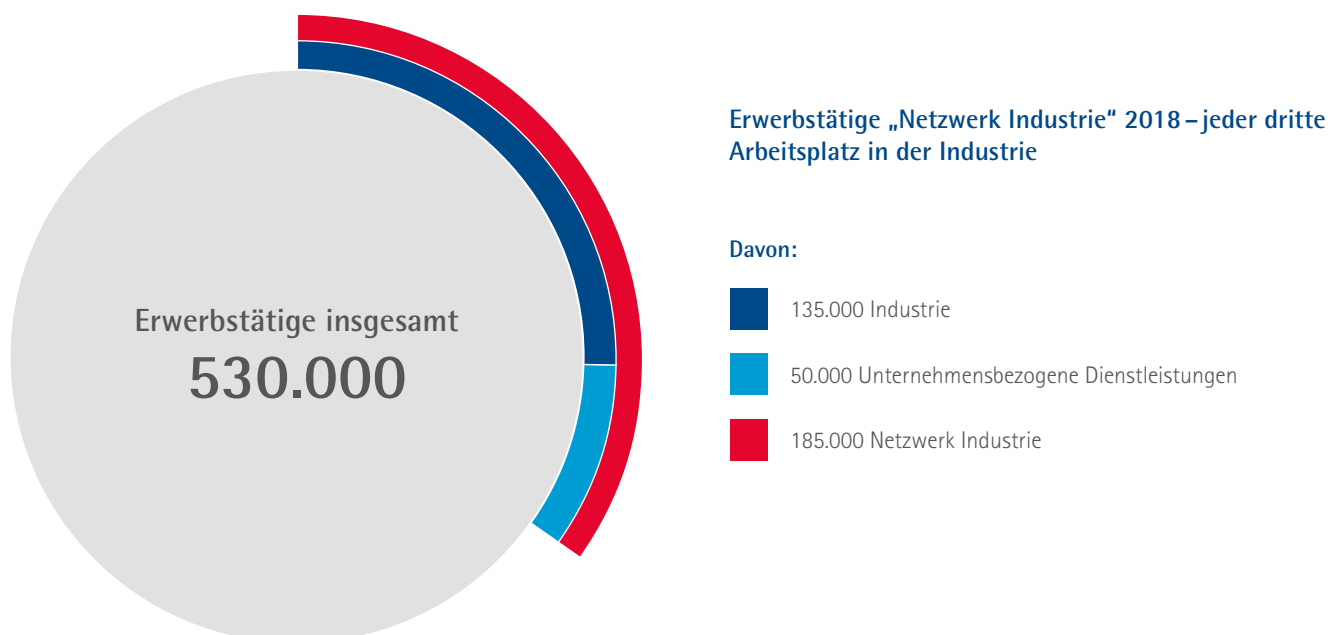
Holger Frank, Geschäftsführer Mechatronic GmbH

Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Innovation

Die Industrie erwirtschaftet darüber hinaus eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 14 Milliarden Euro. Sie ist der produktive Kern der südhessischen Wirtschaft und originäre Quelle des Wohlstands unserer Region. Nur durch ständige Weiterentwicklung und Erneuerung kann sich die Industrie und damit unsere Region im nationalen und internationalen Wettbewerb behaupten und mit ihrer Innovationskraft Lösungen für die drängenden Probleme der Gegenwart und Zukunft (Pandemie, Klimaschutz, Demografie, Digitalisierung) entwickeln. Dafür benötigen die Betriebe optimale Standortbedingungen, für die die folgenden fünf Themenfelder von entscheidender Bedeutung sind.

1. **Industrie schafft Zukunft: Existenzgründung, Digitalisierung, Innovation**
2. **Industrie schafft Verbindungen und zukunftsfähige Mobilität**
3. **Industrie schafft den Green Deal: Ressourceneffizienz und Klimaschutz**
4. **Industrie braucht zukunftsfähige Gewerbegebiete und Flächen**
5. **Industrie schafft Arbeitsplätze und die Arbeitswelt von morgen**

Die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen für die Industrie können nur gemeistert werden, wenn in diesen fünf Feldern die Weichen richtig gestellt werden.



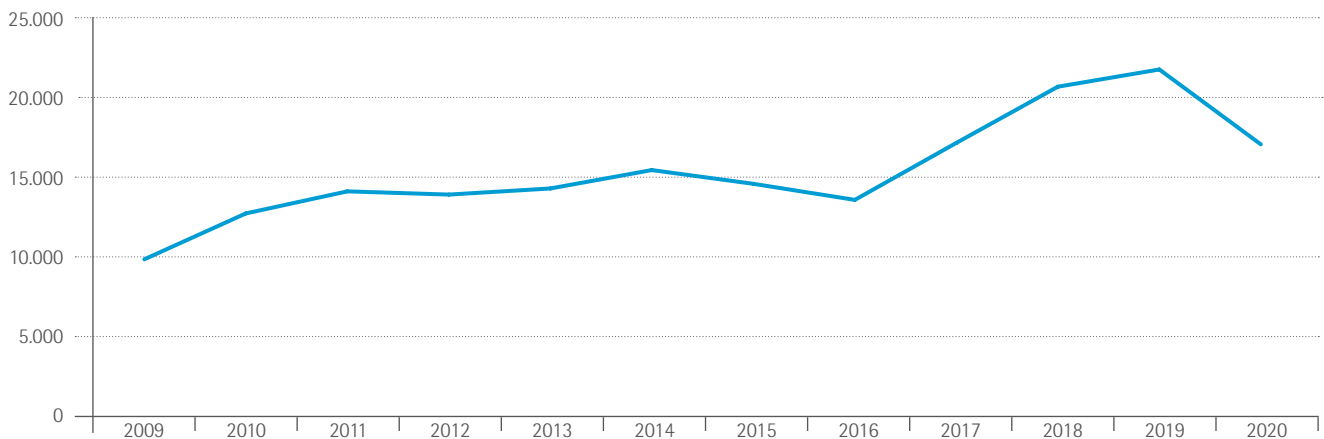
1. Industrie schafft Zukunft: Existenzgründung, Digitalisierung, Innovation

Pandemie, Strukturwandel, Klimaneutralität – die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit können nur mit Pioniergeist und Innovationen bewältigt werden und in diesen Bereichen ist die Industrie die entscheidende Triebfeder. Damit sie als solche wirken kann, braucht sie Rahmenbedingungen, die Innovationen begünstigen. Neben einer engen Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft wirken sich auch geeignete Förderinstrumente für innovative Unternehmen positiv auf diese Rahmenbedingungen aus, sofern sie im Dialog mit der Wirtschaft entwickelt werden.

Mit einem starken industriellen Kern, einer exzellenten Hochschul- und Forschungslandschaft als Ideenpool und Quelle gut ausgebildeter Mitarbeiter sowie vielfältigen Unterstützungsstrukturen bietet die Region Südhessen sehr gute Bedingungen für Tech-Startups und wissensintensive Gründungen. Es gilt, geeignete Finanzierungsmodelle in der Gründungs- und vor allem Wachstumsphase zu schaffen, um den Standort Rhein-Main-Neckar attraktiv zu halten. Das ist zugleich eine große Chance auch für etablierte Mittelständler von den Gründern und ihren Entwicklungen zu profitieren.

Mit einem gründungsfreundlichen Klima für neue innovative Geschäftsmodelle zu sorgen ist auch deshalb wichtig, weil unsere Region eine starke Exportregion (Exportanteil von 65 Prozent) ist und gerade die Industrie im internationalen Wettbewerb steht. Nur mit innovativen Produkten werden sich auch in Zukunft Industrieunternehmen aus Südhessen auf dem Weltmarkt behaupten können.

Auslandsumsatz der südhessischen Industrie (in Mio EUR)



Der Auslandsumsatz der südhessischen Industrie verzeichnete 2020 Pandemiebedingt einen erheblichen Rückgang, wächst aber in den vergangenen Jahren kontinuierlich.

Um die Industrie in den Themenfeldern Existenzgründung, Digitalisierung und Innovation zukunftsfähig aufzustellen braucht es die richtigen Rahmenbedingungen.

Dazu gehört



1. Der Abbau übermäßiger Bürokratielasten

Schlanke Genehmigungsverfahren für neue Verfahren und Produkte müssen auf allen Verwaltungsebenen Rechtssicherheit geben und die Akzeptanz von Innovationen fördern, ohne den technischen Fortschritt zu verlangsamen und zu hemmen.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollten darüber hinaus einen vereinfachten Zugang zu technischen Normen und Standards erhalten. So sind beispielsweise reduzierte Beschaffungskosten sowie die Förderung von Patentinformationszentren zur schnellen, kostengünstigen, digitalen Informationsbeschaffung denkbar.

2. Die technologieoffene und KMU-gerechte Ausgestaltung der monetären Innovationsförderung

Die besten Lösungen entstehen im Wettbewerb der Ideen, daher setzt sich die IHK Darmstadt für eine technologieoffene Innovationsförderung ein.

Die Antragsverfahren und Berichtspflichten im Rahmen öffentlicher Förderprogramme sollten dem Unternehmensalltag Rechnung tragen und flexibel (laufende Antragstellung statt Stichtage), schnell (kurze Bewilligungsfristen) und schlank (Datensparsamkeit) sein.

Vielfach ist der Mittelstand Innovations- und Technologietreiber in Deutschland. Daher sollten KMU im Fokus der öffentlichen Innovationsförderung stehen. Neue Fördermaßnahmen (beispielsweise die öffentliche Forschungszulage) sollten stets auf ihre Praxistauglichkeit für KMU überprüft und darauf ausgerichtet werden.

3. Die konsequente Förderung der Digitalisierung, der digitalen Infrastruktur und des Zugangs zu und der Akzeptanz von weiteren Zukunftstechnologien wie beispielsweise künstliche Intelligenz (KI)

Über die Vorteile der Einführung digitaler Lösungen und Geschäftsmodelle sind sich viele Industriebetriebe im Klaren. Dennoch sind für die praktische Umsetzung erster Digitalisierungsprojekte niedrighschwellige Informations-, Sensibilisierungs- und Unterstützungsangebote wie das Mittelstand 4.0- Kompetenzzentrum (gefördert von 2016 – 2021) respektive das Mittelstand-Digital Zentrum (Förderzeitraum: 2021 – 2024) von großer Bedeutung. Ihre Finanzierung sollte mittelfristig gesichert werden.

Das anhaltende Interesse und die konstante Überbuchung der Digitalisierungsförderung auf Landes- und Bundesebene (Digitalisierungszuschuss, Digital Jetzt) zeigen, wie groß der Investitionsbedarf im Mittelstand ist. Diese Programme sollten ausgebaut und fortgeführt werden. Ihre Konditionen (Auswahl per Losverfahren) sollten verbessert werden, um ein Mindestmaß an Planungssicherheit für Unternehmen zu gewährleisten.

Zur Förderung des Einsatzes von KI plädiert die IHK Darmstadt für einen niedrighschwelligem Einstieg in die Thematik. Beratung und eine Etablierung eines Netzwerks für KMUs zum Austausch über Einsatzmöglichkeiten von KI unter Einbindung neuer KI-Forschungs- und -Transferinitiativen (zum Beispiel das Hessische Zentrum für KI, das Verbundprojekt KompAKI u. a.) wären ein wichtiger Schritt, um Informationsdefizite zu beseitigen und um Chancen und Möglichkeiten aufzuzeigen. Weiter gilt es, die glücklicherweise zahlreich in Hessen/Südhessen vorhandenen Angebote, die durch Fördervorhaben zur Verfügung stehen, aus Unternehmensperspektive zu strukturieren und sichtbar zu machen. Aus Unternehmenssicht ist es unerheblich, aus welcher Förderlinie/von welchem „Kompetenzzentrum“ das Angebot kommt. Wichtig ist, dass es für Unternehmen einfach zu finden und nutzen ist.



„Unser Netzwerk Industrie mit seinen Startups und etablierten Unternehmen hat bewiesen: Südhessen ist Ideenschmiede, Garant für Fortschritt in Sachen Innovation und Digitalisierung. Dieses Plus gilt es zu halten und weiter auszubauen. Deshalb brauchen wir eine technologieoffene Förderung, Weiterentwicklung moderner IT-Infrastruktur (Glasfaser und 5G) und die Beseitigung von Bürokratiehemmnissen sowie die Schaffung geeigneter rechtlicher Rahmenbedingungen gerade in den Bereichen KI und Digitale Ökosysteme. Nur so können wir uns im internationalen Wettbewerb behaupten, Zukunft schaffen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region sichern.“

Volker Scheidler, Geschäftsführer SAC GmbH

Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Innovation

2. Industrie schafft Verbindungen und zukunftsfähige Mobilität

Die zentrale Lage in Deutschland, das dichte Verkehrsnetz und die damit verbundenen, engen Verflechtungen sind wichtige Standortfaktoren für Unternehmen in Südhessen. Die Industrie und ihre Produktionsstätten brauchen eine verlässliche Versorgung mit Gütern. Dies gelingt nur, wenn Transport- und Logistikunternehmen auf eine moderne Infrastruktur zurückgreifen können. Dazu gehört ein leistungsfähiges Straßennetz und der Ausbau des Schienenverkehrs sowie neue Flächen für die Lagerhaltung resilienter Lieferketten mit hervorragender Verkehrsanbindung. Im Personenverkehr sollten darüber hinaus nutzerorientierte Mobilitätsangebote bedarfsgerecht ausgebaut und innovative Mobilitätskonzepte getestet werden, um die Attraktivität der Unternehmen für Mitarbeiter zu steigern und die Umwelt zu schonen.

Dazu gehört



1. Die Finanzierung für den Erhalt und Ausbau von Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätsangeboten sollte gesichert sein. Grundlage hierfür muss ein transparenter Umgang mit Betriebs- und Reinvestitionskosten sein.
2. Mobilität und Erreichbarkeit sollten bei der Flächenentwicklung berücksichtigt werden. Flächen mit (potenziell) guter Anbindung an den ÖPNV sowie den motorisierten und nicht-motorisierten Individualverkehr sind eine höhere Bedeutung beizumessen. Eine bessere Anbindung des ländlichen Raums kann den Wachstumsdruck, der aktuell auf den großen Zentren lastet, in der Metropolregion verteilen – adäquate Verkehrsanbindung vorausgesetzt.
3. Ein „Regionaler Masterplan Mobilität“ kann als mittel- und langfristiges Handlungsprogramm für den Verflechtungsraum Rhein-Main-Neckar helfen, der Verantwortung für Erreichbarkeit und Attraktivität gerecht zu werden – kommunal, wie regional und länderübergreifend.
4. Das Betriebliche Mobilitätsmanagement bietet bewährte Ansätze, die Unternehmen und Kommunen insbesondere auch bei der Entwicklung neuer Industrie- und Gewerbeareale und bei Firmenneuan siedlungen nutzen sollten. In bestehenden Gewerbe- und Industriegebieten können so Mobilitätsangebote entwickelt werden, die auf den Bedarf von Unternehmen und Fachkräften abgestimmt sind. Dabei können die klassischen Angebote wie Carsharing, Fahrgemeinschaften, Ausbau der Radinfrastruktur oder die Förderung der E-Mobilität durch innovative Ansätze zur Erprobung neuer Mobilitätsformen ergänzt werden.
5. Zur Sicherung der Erreichbarkeit der Region ist angesichts einer zunehmenden Anzahl an Verkehrsbeschränkungen eine systematische Planung und Ausweisung eines Lkw-Vorrangnetzes in der Region erforderlich. Korrespondierend dazu sollte das bestehende Informationssystem „Lkw-Lotse“ räumlich und inhaltlich weiter ausgebaut werden, um dem Wirtschaftsverkehr laufend spezifische und aktuelle Informationen zur Verfügung zu stellen.
6. Zur Förderung des kombinierten Verkehrs müssen die Umschlagsstandorte gut erreichbar bleiben, erweitert, bei Bedarf neu ausgewiesen und ausgebaut werden. Der Ausbau von Schieneninfrastruktur kann dabei auch zur Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene beitragen.
7. Um gesetzliche Vorgaben einhalten zu können und Industrie- und Gewerbegebiete von Fremd- und Falschparkern zu entlasten, müssen ausreichend Lkw-Stellplätze zur Verfügung stehen.
8. Neben technologieoffener Forschung und Förderung für alternative Antriebe und Treibstoffe auf nationaler Ebene muss auch in Kommunen der Umstieg auf alternative Energieträger unterstützt werden, um die Klimaziele des Bundes und der EU zu erreichen.
9. Verkehrsbelange müssen mit Klima- und Umweltschutz sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Individuelle Mobilitätsbedürfnisse müssen gleichberechtigt neben den ökonomischen und ökologischen Anforderungen eingestuft werden, um die Interessen untereinander gerecht ausgleichen zu können.



„Viele Unternehmen, darunter insbesondere auch Industriebetriebe, leisten bereits heute einen großen Beitrag, um ihre betriebliche Mobilität effizient zu managen. Die Entwicklung auf Straßen und Schienen in der Region zeigt uns, dass betriebliche Optimierungspotenziale ausgeschöpft sind. Wir müssen unsere Infrastrukturen ertüchtigen und ausbauen. Dafür ist ein Mobilitätsmasterplan dringend angezeigt. Dass wir hier länderübergreifend handeln müssen verrät ein einziger Blick auf die Pendlerverflechtungen in Rhein Main Neckar.“

Volker W. Hofmann, Heinrich Lohr Spedition, Lagerung, Salzhandel KG
Vorsitzender des Verkehrsausschusses

3. Industrie schafft den Green Deal: Ressourceneffizienz und Klimaschutz

Politische Maßnahmen zur nachhaltigen Nutzung von Ressourcen und Energie sind primär durch Auflagen, Quoten und Verbote gekennzeichnet. In der Folge müssen sich Unternehmen an vielfältige bürokratische Gesetze halten, die die Kreativität und den Erfindergeist der Wirtschaft einschränken. Besser ist es, marktwirtschaftliche Lösungsansätze, unternehmerische Initiativen und Anreize zu schaffen, um die Ziele einer nachhaltigen Industrie schneller und günstiger zu erreichen. Dabei darf die Balance aus nachhaltiger Entwicklung einerseits und internationalem Wettbewerb andererseits nicht aus den Augen verloren werden. Dies gilt insbesondere für die Gummi- und Kunststoffverarbeitung sowie für die Chemieindustrie, die als energieintensive Branchen auf eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung angewiesen sind. Vor dem Hintergrund kontinuierlich steigender Energiepreise muss der Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigt werden, um eine kostengünstige Versorgung mit CO₂-neutralen Energieträgern sicher zu stellen. Unternehmen sind in Zukunft noch stärker auf eine verlässliche und sichere Energieinfrastruktur angewiesen, weil moderne Anlagen sehr sensibel auf Spannungsschwankungen reagieren. Die Politik sollte daher den marktgetriebenen Ausbau entsprechender Produktionskapazitäten massiv vorantreiben, Innovationen in die betriebliche Praxis erleichtern, Steuern-, Abgaben- und Umlagen klimafreundlich modernisieren und einen attraktiven Rahmen für privatwirtschaftliche Investitionen ermöglichen sowie internationale Anstrengungen in einen globalen Klimaschutz vertiefen.

Dazu gehört



1. Eine Initiative für die Eigenstromversorgung in der Industrie

Die stärkere Einbeziehung der energieverbrauchenden Unternehmen in den Energiemarkt bietet zusätzliche Potenziale für einen effizienten Klimaschutz. Unternehmen können als Anbieter von dezentraler Erzeugung und Nachfrageflexibilität einen wichtigen Beitrag leisten. Daher sollte im Rahmen des Green Deals eine Initiative für die Eigenversorgung in der Industrie ergriffen werden.

2. Strategien und Transferförderung von Innovationen

Gefordert sind neue Forschungserkenntnisse und Innovationen wirksam in die Praxis zu transferieren. Insbesondere energie- und emissionsintensive Industriesektoren sind darauf angewiesen, neue Technologien in Deutschland zu erproben. Dazu gehört beispielsweise eine Strategie, die die Bedeutung der Speicherung (CCS) und Nutzung (CCU) von CO₂ für das Erreichen der Klimaziele in Deutschland sicherstellt.

3. Eine Reform des Steuern-, Abgaben- und Umlagensystems

Um den Einsatz von neuen Technologien in der Industrie zu beschleunigen, ist eine klimafreundliche Reform des Steuern-, Abgaben- und Umlagensystems erforderlich. Anstelle eines bürokratischen Förderregimes für erneuerbare Energien, muss die EEG-Umlage schnell auslaufen und für Anlagen im Rahmen der Eigenstromerzeugung sofort wegfallen. Hinzu kommt die Notwendigkeit ein digitales und bürokratiearmes Verfahren zur Inbetriebnahme von Eigenstromanlagen bereitzustellen, anstelle vielfältiger Melde- und Genehmigungsverfahren.

4. Eine zeitliche Verkürzung klimafreundlicher Abschreibungen

Darüber hinaus müssen Abschreibungszeiten auf klimafreundliche Investitionen deutlich verkürzt werden. Denn die Transformation der Wirtschaft geht mit neuen Technologien einher und bedarf erheblicher Finanzströme aus der Privatwirtschaft. Die Notwendigkeit zukünftig in kürzeren Abständen massiv in Klimaschutztechnologien zu investieren, muss durch attraktive Rahmenbedingungen unterstützt werden.

5. Eine Mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Sustainable Finance

„Sustainable Finance“ muss Unternehmen den Zugang zu nachhaltigen Finanzierungen erleichtern ohne dabei Investitionen in andere Zukunftsfelder wie beispielsweise der Digitalisierung zu verhindern. Die Regulierung muss zudem so ausgestaltet werden, dass der bürokratische Aufwand für betroffene Unternehmen auf das notwendige Minimum beschränkt und KMU die Teilhabe ermöglicht wird.

6. Internationale Partnerschaften für einen globalen Klimaschutz vertiefen

Letztlich ist zu betonen, dass eine wirksame Klimapolitik eine globale Anstrengung zur Reduktion der Treibhausgasemissionen verlangt. Klimapolitik, die sich lediglich auf den europäischen Kontinent beschränkt oder gar nur auf Deutschland gerichtet ist, wird zur effektiven Eindämmung des Temperaturanstiegs nur sehr beschränkt beitragen können. Gleichzeitig gefährden nationale Alleingänge die Wettbewerbsfähigkeit und schaden dem Unternehmensstandort. Im schlimmsten Fall werden Produktionsstätten ins Ausland verlagert, die weniger strenge Umweltstandards und Emissionsauflagen aufweisen. Es ist deshalb unabdingbar, in Zukunft stärker auf die internationale Anschlussfähigkeit von Klimaschutzmaßnahmen zu achten und internationale Partnerschaften gezielt zu verfolgen.

Strompreis-Bestandteile für Industrie

Durchschnittlicher Strompreis für die Industrie in ct/kWh
Jahresverbrauch 160.000 bis 20 Mio. kWh (Mittelspannungsseitige Versorgung)

Bestandteile in ct/kWh	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Beschaffung, Netzentgelt, Vertrieb	5,46	5,61	5,99	6,17	7,02	7,65	9,26	9,00	10,70	8,70	8,63	8,83	8,98	7,95	6,95	7,19	7,00	8,02	8,97	9,48	8,48	10,01
Konzessionsabgabe	0,11	0,11	0,00	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11
EEG-Umlage	0,06	0,09	0,20	0,25	0,35	0,42	0,69	1,02	1,16	1,31	2,05	3,530	3,592	5,277	6,240	6,170	6,364	6,880	6,792	6,405	6,756	6,5
KWK-G-Umlage	0,13	0,19	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,03	0,04	0,07	0,07	0,08	0,28	0,29	0,26	0,28	0,226	0,254
\$19 StromNEV-Umlage	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,10	0,23	0,15	0,24	0,25	0,24	0,20	0,23	0,27
Offshore-Netzumlage*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,17	0,17	-0,01	0,03	-0,002	0,040	0,416	0,416	0,395
Umlage für abschaltbare Lasten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,009	0,006	-	0,006	0,011	0,005	0,007	0,009
Stromsteuer	0,26	0,31	0,36	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,537	1,537	1,537	1,537	1,537	1,537	1,537	1,537	1,537	1,537	1,537
Gesamt	6,05	6,47	6,86	7,98	8,92	9,73	11,53	11,41	13,25	11,40	12,07	14,04	14,33	15,11	15,32	15,23	15,55	17,09	17,96	18,43	17,76	19,09

Von 2000–2021 Steigerung von mehr als 300%

Quelle: BDEW, Stand: 06/2021
*bis 2018 Offshore-Haftungsumlage



„Der Klimawandel stellt uns vor eine enorme Aufgabe. Pirelli hat sie angenommen, um Teil der Lösung zu sein: mit einem fundierten Ziel der Emissionsreduktion, das von der Science Based Target Initiative gebilligt wurde, einer zunehmenden Nutzung erneuerbarer Energien sowie dem Ziel, bis 2030 klimaneutral zu sein. Dies gilt natürlich auch für den Standort Breuberg. Durch den Einsatz modernster Technologien reduzieren wir kontinuierlich den Verbrauch von natürlichen Ressourcen und Energie in der Reifenproduktion, senken die CO₂-Emissionen und erreichen eine Verwertungsquote von 97 Prozent bei Abfällen. Gleichzeitig entwickeln und produzieren wir nachhaltige Produkte, die sich unter anderem durch einen geringen Rollwiderstand und niedrige Geräuschemissionen auszeichnen. Wir verfügen über das notwendige Know-how für den Green Deal der EU. Doch um ihn nachhaltig umzusetzen braucht es neben technischem Know-how, geeigneten Innovationen und großem Engagement auch die richtigen regulatorischen Rahmenbedingungen.“

Wolfgang Meier, Pirelli Deutschland
Vorsitzender der Geschäftsführung

4. Industrie braucht zukunftsfähige Gewerbegebiet

Innovation und Industrie sind eng mit Südhessen verbunden. Allerdings spiegeln die meisten Industrie- und Gewerbegebiete unserer Region diesen Innovationsgeist nicht wider. Sie sind bereits mehrere Jahrzehnte alt und erfüllen die aktuellen Bedarfe der Unternehmen und deren Mitarbeiter nicht mehr. Städtebauliche Fehlentwicklungen in Form von mangelnder Aufenthaltsqualität, Defizite in der Verkehrserschließung und eindringende Wohnnutzung führen dazu, dass Funktion und Aufgabe der Gebiete verloren gegangen sind. Dazu kommen ein Mangel an schnell verfügbaren, attraktiven Gewerbeflächen sowie langwierige und komplexe Bauplanungsverfahren, die Neuansiedlungen und Neugründungen in der Region erschweren. In den Jahren 2019 und 2020 sind Flächenanfragen internationaler Unternehmen in einer Größenordnung von 2 Millionen Quadratmeter bei der FRM GmbH im Bezirk der IHK Darmstadt eingegangen, die nicht bedient werden konnten. Bis auf wenige Ausnahmen handelte es sich hier vor allem um Unternehmen aus dem Netzwerk Industrie. Nicht berücksichtigt sind dabei die Vielzahl an Flächengesuchen von Bestandsbetrieben, die in den Kommunen Monat für Monat eingehen bzw. seit Jahren anhängig sind und nicht bedient werden können. Auch mit Blick auf die gesamte Region Rhein Main Neckar wird deutlich, dass es einer Strategie in der Industrie- und Gewerbeflächenplanung bedarf. Flächenmangel und spezifische Angebotslücken können schon mittelfristig zu einem wirtschaftlichen Risiko für Unternehmen und die Region führen. Daher erscheint es zunehmend wichtiger interkommunale und interregionale Gewerbeflächenpotentiale zu erheben und auch

umzusetzen. Flächenplanung sollte nicht an Gemeinde- oder Stadtgrenzen aufhören, sondern regional betrachtet werden. Unternehmen haben einen Suchradius von ca. 30 Minuten zum Wunschort – ob es dann Lampertheim oder Bürstadt wird, spielt eine untergeordnete Rolle – wichtig ist, dass ihnen Flächen in der Region zur Verfügung stehen, um eine gänzliche Abwanderung zu verhindern.

Die komplexen Herausforderungen von Bau- und Genehmigungsprozessen, der hohe Wohnraumbedarf für Fachkräfte sowie stetig wachsende gesellschaftliche Widerstände bei Neuflächeninanspruchnahme können die Kompetenzen und Kapazitäten der örtlichen Verwaltungen schnell überfordern. Ein digitales Gewerbeflächenmonitoring kann Kommunal-, Kreis- und Regionalplanung unterstützen, frühzeitig auf Mindernutzungen, Leerstände und drohenden Flächenmangel zu reagieren.

Baulücken und Gewerbebrachen gilt es einer verantwortungsvollen Nutzung zuzuführen. Doch nicht jede gewerbliche Brachfläche entspricht noch den Anforderungen der Unternehmen. Häufig liegen große Industriebrachen in oder nahe bei Wohnsiedlungen, so dass eine gewerbliche Nachnutzung auch städtebaulich oft nicht sinnvoll ist. Solche Flächen finden sich jedoch in aktuellen Flächennutzungs- und Regionalplänen und erwecken den Anschein, als gäbe es genügend Fläche. Hier liegt es an den Kommunen, durch strategische Flächenentwicklungsplanung Potentiale dem Markt zuzuführen und Flächen mit großen Entwicklungshindernissen aufzugeben.

Dort, wo der Dialog zwischen Unternehmen und öffentlichen Akteuren funktioniert, gelingt es, Wirtschafts- und Lebensräume miteinander statt gegeneinander zu entwickeln. Unternehmer aus dem Netzwerk Industrie sind sich ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung bewusst. Moderne Gewerbestandorte zeichnen sich durch eine hohe Aufenthaltsqualität, nachhaltige Bauweise und energieeffiziente Nutzung aus. Unternehmen stellen Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereit und tragen einen großen Anteil an der Finanzierbarkeit von kommunalen Angeboten und Aufgaben. Abzulesen ist das auch heute schon an modernen, zukunftsweisenden Industrie- und Gewerbestandorten, die in jüngster Zeit entwickelt wurden. Voraussetzung für solche Standortentwicklungen sind politischer Wille und gesellschaftliche Akzeptanz.

Dazu gehört

1. Die Entwicklung von marktfähigen und schnell verfügbaren Gewerbe- und Industrieflächen ist sicherzustellen. Bedarfe der Wirtschaft wie beispielsweise eine gute Verkehrs- und Mobilitätsanbindung, hohe Breitbandverfügbarkeit sowie städtebauliche Attraktivität sind hierbei zu berücksichtigen. Unternehmen setzen sich für die Einhaltung von ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Standards bei der Standortentwicklung ein. Mit einer regionalen Strategie für den Wirtschaftsraum Rhein-Main-Neckar wird nicht nur dem unternehmerischen Alltag Rechnung getragen. So lässt sich auch eine adäquate „Arbeitsteilung“ orientiert an den Stärken vor Ort abbilden – wirtschaftlich und bezogen auf die Forschungslandschaft.
2. Um diese bei Bedarf schnell ermitteln zu können, bedarf es des Aufbaus eines regionalen digitalen Gewerbeflächenmonitorings zur Erhebung valider Daten über Leerstands-, Brach- und Potentialflächen. Dabei sind Aktivierungshemmnisse von Brach- und Potentialflächen zu erfassen.
3. Vorgegebene Zielgrößen zur Flächeninanspruchnahme dürfen nicht zu einer Blockade von Entwicklungen führen. Es gilt, Lösungen zum Beispiel mit Flächentauschinstrumenten zu entwickeln.
4. Bestehende Vorranggebiete für Industrie- und Gewerbe sind vor eindringenden Fremdnutzungen zu schützen und stetig an die Bedarfe der Unternehmen anzupassen
5. Planverfahren sollten durch Digitalisierung und Runde-Tisch-Verfahren unter adäquater Einbindung der Wirtschaft beschleunigt werden.
6. Es gilt, Wahrnehmung und Bewusstsein in und der allgemeinen Öffentlichkeit dafür zu schaffen, dass die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen für die Metropolregionen FrankfurtRheinMain und Rhein-Neckar aktive Zukunftssicherung und Krisenresilienz bedeutet.



„Für Unternehmen trägt ein attraktiver Standort entscheidend dazu bei, sich als innovatives und fortschrittliches Unternehmen zu präsentieren. Dabei wirkt sich die Nähe zum „städtebaulichen Umfeld“ positiv auf die Mitarbeitergewinnung und -zufriedenheit aus. Die Weiter- und Neuentwicklung von Industrie-Gewerbegebieten stehen jedoch bei der Raum- und Stadtentwicklung zu selten im Fokus der politisch Verantwortlichen.“

Thomas Rupp, Geschäftsführer ADH Deutschland GmbH

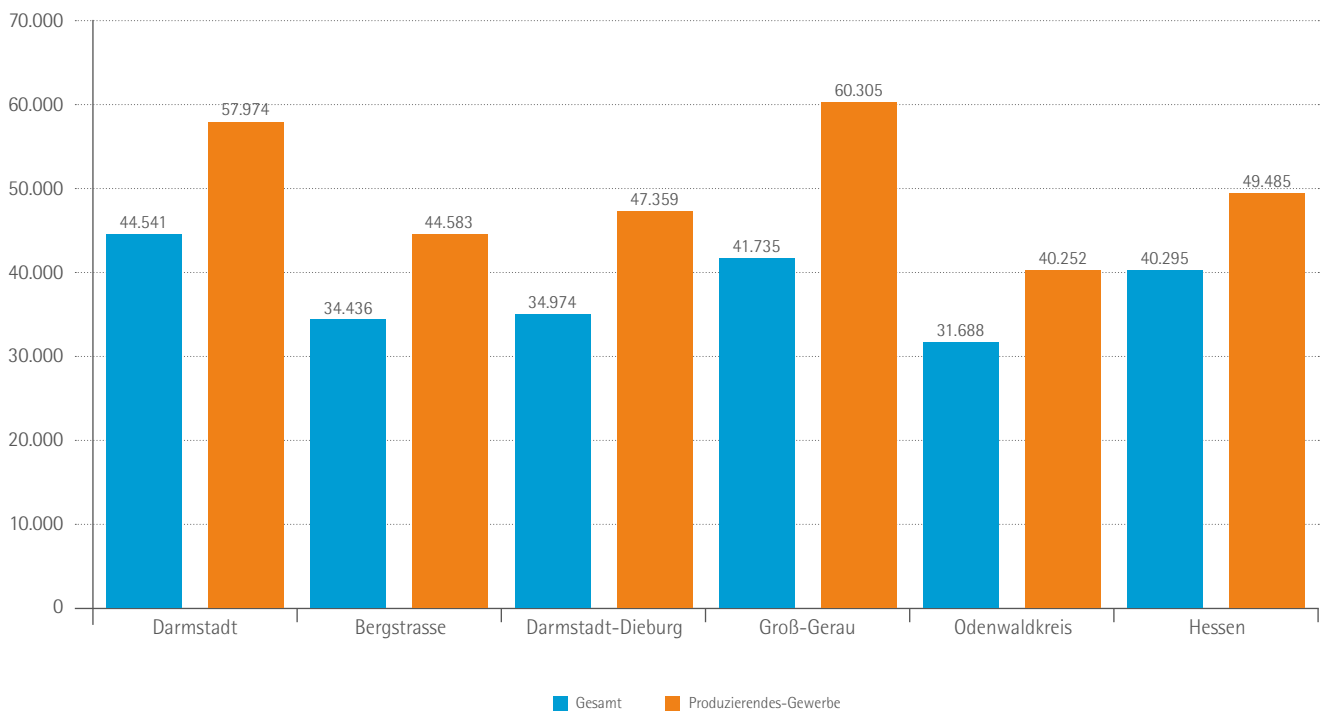
5. Industrie schafft Arbeitsplätze und die Arbeitswelt von morgen

Die südhessische Industrie ist für die Transformation zur Industrie 4.0 gut aufgestellt. Hierfür braucht sie engagierte Mitarbeiter: Mitarbeiter, die an Erneuerung, Technologie und Fortschritt interessiert sind und sich einbringen wollen. Studien beispielsweise des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gehen davon aus, dass im Zuge des Strukturwandels in Südhessen mehr Arbeitsplätze entstehen als Arbeitsplätze verschwinden werden. Vor allem Spezialisten mit hoher Qualifikation werden gefragt sein. Dieser Strukturwandel gelingt vor allem dann, wenn die Qualifikation der Fachkräfte mit den veränderten Anforderungsniveaus Schritt hält. Neue Möglichkeiten ergeben sich auch daraus, dass es mehr Arbeit geben wird, die nicht mehr an einen festen Ort und feste Arbeitszeiten gebunden ist. Für Arbeitnehmer bieten sich große Chancen auf ein stärker selbstbestimmtes Arbeiten („Vereinbarkeit von Familie und Beruf“). Daraus ergibt sich ein neues, stärkeres Handlungsfeld für Betriebe und Sozialpartner.

Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Fortschritt und Erneuerung nicht behindert, sondern gefördert werden. Denn: Industrieunternehmen stellen im IHK-Bezirk die meisten Ausbildungsplätze im Branchenvergleich. Von 7.415 Auszubildenden sind 2.578 Auszubildende in Industrieunternehmen beschäftigt.

Megathemen wie der Aufschwung nach Corona, der demografische Wandel und die Digitalisierung erfordern entschlossenes Handeln bei allen politischen Entscheidern.

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in EUR 2018



Die Industrie zahlt überdurchschnittlich hohe Löhne und fördert damit den privaten Konsum.

Quelle für Grunddaten: HSL

Dazu gehört



1. Ausbildung:

Politik muss bereit sein, Berufsbilder im Dialog mit der Wirtschaft weiterzuentwickeln.

Ausbildungsordnungen müssen verstärkt um die Aspekte Digitalisierung und Wirtschaft 4.0 ergänzt werden, Investitionen in die technische Ausstattung an den beruflichen Schulen sind dringend zu tätigen. Für die Digitalisierung der Schulen hat der Bund seit dem offiziellen Start des Digitalpakts vor zwei Jahren 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das Geld muss schneller abgerufen werden.

Mit der Vermittlung der Inhalte von novellierten Ausbildungsberufen, werden Ausbildungsverantwortliche methodisch und didaktisch immer wieder vor neue Aufgaben gestellt. Dazu sind aktive, situationsbezogene Ausbildungsmethoden (Lehr- und Lernmethoden) erforderlich bzw. zu entwickeln.

Ob Computer, Smartphone, Tablet oder Virtual-Reality-Brille – die Einsatzmöglichkeiten für digitale Medien in der beruflichen Bildung sind vielfältig. In diesem Zusammenhang ist eine umfassende Medienkompetenz Grundvoraussetzung für Lehrpersonal und auch für die Lernenden selbst.

Eine erfolgreiche ökonomische Bildung zielt nicht nur auf die Perspektive einer unternehmerischen Selbstständigkeit ab, sondern fördert auch die berufliche Selbstbestimmtheit von zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Schulen sollten eine ökonomische Grundbildung vermitteln. Dazu braucht es einen fächerübergreifenden Ansatz, in dem für den Wirtschaftsunterricht verbindliche Zeitkontingente festgelegt sind, die ein kontinuierliches Lernen ermöglichen.

2. Weiterbildung:

Bei sich stetig ändernden Anforderungsprofilen kommt Weiterbildung eine entscheidende Bedeutung zu. Um Kompetenzen laufend weiterzuentwickeln, muss Politik „Lebenslanges Lernen“ fördern. Bildungsträger und Institutionen, die dies ermöglichen, benötigen hierfür Freiräume („So viel Regulierung wie nötig, so viele Freiräume wie möglich“)

3. New Work – neue Arbeitswelten:

Lösungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene zur Arbeitsplatzgestaltung haben Vorrang vor Regulierung durch den Gesetzgeber. Flexible Regelungen zugunsten von Unternehmen und Mitarbeitern können nur im Dialog der Betroffenen sinnvoll gestaltet werden. Flexiblere Betreuung schafft in Kombination mit flexiblen Arbeitszeiten mehr Spielraum für Eltern und Unternehmen. Die Kinderbetreuung muss bedarfsorientiert hin zu einer flächendeckenden Ganztagsbetreuung mit angemessener personeller und finanzieller Ausstattung ausgebaut werden.

4. Fachkräftezuwanderung:

Die Anstellung ausländischer Arbeitskräfte ist eine wichtige Option auch für die Industrie in Südhessen. Die Verfahrensdauer nach dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) sollte beschleunigt werden. Gerade im Aufschwung nach der Coronapandemie sollte jede Option genutzt werden, die Fachkräfteknappheit zu mildern.



Ob Digitalisierung oder der European Green Deal. Im Netzwerk Industrie herrscht enormes Potenzial. Nicht nur für Innovation per se, sondern auch für neue Geschäftsmodelle, die neue Arbeitsplätze in die Region bringen werden. Dass junge Menschen über die damit verbundenen Chancen wissen setzt eine solide Berufs- und Studienorientierung voraus. Jede/r Schüler/in und jede/r Auszubildende sollte digitale Kompetenzen in der Schule erlernen, jede/r Studierende ein fiktives Unternehmen gegründet haben und jede/r Beschäftigte online neue Kompetenzen aufbauen können.

Prof. Dr. Klaus-Michael Ahrend, Vorstand HEAG Holding AG
Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Innovation





Darmstadt
Rhein Main Neckar


Impressum


Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Darmstadt
Rheinstraße 89, 64295 Darmstadt

 06151 871-0

 06151 871-1101

 info@darmstadt.ihk.de

 www.darmstadt.ihk.de